

Institutionelle Reform und Demokratiediskurs in Russland

Von Jin-Sook Ju, Universität Pai Chai, Korea

Zusammenfassung

Das Konzept der »souveränen Demokratie« demonstriert, wie die internationalen demokratischen Normen im innenpolitischen Kontext Russlands adaptiert wurden. Wladislaw Surkow, der führende *spin doctor* des Präsidenten, entwickelte spezifische politische Programme zur Verwirklichung einer Demokratie russischen Typs, die auf seiner Interpretation der internationalen und innerstaatlichen Krisen sowie auf der Neudefinition der nationalen Interessen basieren. Die Analyse zeigt, wie das Konzept der »souveränen Demokratie« und seine wesentlichen Grundzüge, die Zentralisierung der Macht und die Schaffung einer Demokratie russischen Typs, nicht nur in die neuen politischen Institutionen integriert werden, sondern auch Verwendung finden, um diesen neuen Institutionen Legitimität zu verleihen.

Surkow und die »souveräne Demokratie«

Wladislaw Surkow, der Erste Stellvertretende Leiter der russischen Präsidialadministration, benutzte den Ausdruck »souveräne Demokratie« zum ersten Mal 2006 in einem Interview mit einem ausländischen Reporter, um ihn später in dem Artikel »Nationalisierung und Zukunft« im Wirtschaftsmagazin »Expert« auszuführen und zu konkretisieren. Das Konzept der »souveränen Demokratie« gilt seitdem als politische Doktrin Russlands. Hervorgehoben werden sollte, dass die Idee in Russland von einem breiten Spektrum ideologischer Strömungen aufgenommen wurde, von extrem rechtem Nationalismus bis hin zu relativ moderaten Positionen. Das Konzept beinhaltet die Grundzüge des nationalen Konsenses, der sich innerhalb der herrschenden Elite Russlands herausgebildet hat und der u. a. einen starken Staat, die Stärkung der Rolle des Staates in der Wirtschaft, eine gleichmäßige Verteilung des Wohlstands, die Wiederherstellung der internationalen Stellung Russlands als Supermacht und nationales Denken einschließt.

Die Tatsache, dass das Konzept der »souveränen Demokratie« in den unterschiedlichsten Bereichen, auch den Massenmedien, solche positiven Reaktionen hervorrief, spiegelt die politische Funktion des Konzeptes wider und seine enge Verknüpfung mit der politischen Realität Russlands. Surkow stellte eine ideologische Basis für Putins Herrschaft bereit. Sein Konzept der »souveränen Demokratie« wurde sowohl zur Ideologie für Putins Regime als auch zur Parteideologie für »Einiges Russland«.

Adaption internationaler Demokratievorstellungen

Das Konzept der »souveränen Demokratie« demonstriert, wie internationale demokratische Normen für den innenpolitischen Kontext Russlands adaptiert wurden. Dabei muss hervorgehoben werden, dass der politische Diskurs in Russland ohne Scheu das Konzept Demo-

kratie verwendet. Er beschränkt sich keineswegs darauf, die Besonderheit Russlands, seine Unabhängigkeit von internationalen Normen zu betonen. Der Diskurs über die »souveräne Demokratie« strebt fortwährend Universalität und Generalität an. Mit anderen Worten, man geht davon aus, dass Russland als ein Fall der universalen Demokratie betrachtet werden muss. Surkow erklärte: »Wie die Tatsache belegt, dass die deutsche Demokratie sich von der französischen unterscheidet, nicht grundlegend, jedoch in ihrer Funktionsweise, so existieren unterschiedliche Traditionen und Formen von Demokratien«. Das zeigt auch die selektive Aufnahme von Demokratie durch die russische Elite, indem das Land eine pro-westliche Haltung bei Kooperationen zur wirtschaftlichen Entwicklung beibehält, sich jedoch gegen eine Vereinnahmung durch die liberalen Demokratien westlichen Typs wehrt.

Der Anspruch auf Universalität und die selektive Annahme demokratischer Ideen spiegelt die Stärke internationaler Normen wider, doch gleichzeitig demonstriert das Konzept der »souveränen Demokratie«, wie internationale Normen mit innerstaatlichen kombiniert werden und daraus neue Ideen entstehen. Manifestiert wird dies durch die Neuinterpretation des Demokratiekonzeptes im Kontext der russischen Geschichte, die sich von jener der liberalen Demokratien des Westens unterscheidet.

Surkow beschäftigt sich mit der Frage, welche Gestalt die Demokratie russischen Typs, in Abgrenzung zur westeuropäischen liberalen Demokratie, annehmen soll. Seiner Meinung nach ist die russische Demokratie, obgleich auf der Demokratie europäischen Typs fußend, eine andere Variante, die die besondere russische Zivilisation widerspiegeln und somit von Natur aus national sein soll. Die Kritik an der Demokratie westlichen Typs konzentriert sich auf das Konzept der »Freiheit«. »Freiheit« oder »Liberalität« werden als der eigentliche Feind betracht, der zur Einmischung durch die US-Hegemonie und zur Zerstörung der russischen Staatlichkeit führte. Daher ist es Surkow zufolge unabding-

bar, die typischen und tiefverwurzelten Charakteristika der russischen Kultur zu begreifen, um die praktische Form der russischen Demokratie zu verstehen. Die russische Kultur wird hierbei definiert durch die Begriffs-paare: »*a priori* Synthese gegenüber empirischer Analyse, Idealismus gegenüber Pragmatismus, Intuition gegenüber Vernunft und das Ganze gegenüber den Teilen.«

Vor dem Hintergrund dieses kulturellen Erbes hat die »souveräne Demokratie« Russlands drei Charakteristika: »die politische Einheit durch Zentralisierung der Macht, den Idealismus als Ziel bei der politischen Auseinandersetzung und die Personalisierung der politischen Institutionen«. In anderen Worten, die russische Demokratie wird nicht durch Diversität sondern durch Einheit charakterisiert und der Präsident wird als Zentrum und Stabilisator einer solchen Einheit und Konzentration gesehen. Demnach betrachtet die »souveräne Demokratie« den Pluralismus nicht als wesentliches Element der Demokratie. Im russischen Kontext wird Pluralismus als Beeinflussung durch oligarchische Gruppen und ausländische Organisationen gesehen und somit als etwas Negatives. Das dritte Charakteristikum, die Personalisierung politischer Institutionen, wird als eine Betonung auf die Führungspersonen und deren Bedeutung als Akteure interpretiert. Solche Argumente bereiten den Boden für Russlands zentralistische Herrschaftsstruktur.

Das Konzept der Diktatur wird im Rahmen des Diskurses über die »souveräne Demokratie« vielfach nicht als Gegensatz zur Demokratie, sondern vielmehr als unvermeidbar oder wesentliches Element beim Aufbau der »souveränen Demokratie« betrachtet. Alexander Dugin zufolge »war die Errichtung einer Diktatur in den Jahren 2007–2008 in Russland unausweichlich.« Ihm zufolge »ist es Putins Mission, die Form und neue Richtung der Diktatur zu bestimmen... Er könnte die Grundlage eines diktatorischen Systems der Zukunft legen und unterschiedliche politische Kräfte in die imperial-patriotische Richtung für Ziele wie einer historischen Vergeltung, Stärkung der russischen »Souveränität und neuer geopolitischer Dynamiken vereinen.« Diese Uminterpretation des Demokratiekonzeptes setzt sich in der historischen Anschauung fort, insbesondere durch die Neubetrachtung der sowjetischen Geschichte. Surkov versteht die Geschichte des Sowjetsystems als eine Variante der russischen Demokratie, da sich die Sowjets auf einer ideologischen Grundlage von Freiheit und Gleichheit bewegten. Ihm zufolge beinhaltete die Sowjetunion »die Keime der Demokratie, propagierte diese und gab ihr eine Gestalt in der Sprache.«

Krisenbewältigung als Kern des Konzepts

Das Konzept der »souveränen Demokratie«, basierend auf einer Uminterpretation der Demokratie, ermög-

licht zudem eine Interpretation von Krisensituationen. Genauer gesagt, interpretiert das Konzept die folgenden zwei Krisensituationen: die Neuordnung der internationalen Ordnung und den innenpolitischen Wandel.

Im Wesentlichen konzentriert sich das Konzept der »souveränen Demokratie« auf die Interpretation der internationalen politischen Situation und die Neudefinierung der russischen Interessen. Zentrale Argumente der Anhänger der »souveränen Demokratie« bezüglich der internationalen politischen Situation können wie folgt zusammengefasst werden: »die Marginalisierung Russlands« und »die Entstehung einer unipolaren Ordnung unter der Hegemonie der USA« im Prozess der Umstrukturierung der internationalen Machtbeziehungen. »Das globale Gleichgewicht wurde zerstört und ein Imperium errichtet ein eigenes ideologisches System um die Welt zu beherrschen.« Die »souveräne Demokratie« wird demnach als ein Konzept präsentiert, das sich der US-Hegemonie ideologisch wie auch außenpolitisch entgegenstellt. Ebenso wird die Modernisierung der strategischen Nuklearkräfte und des konventionellen Militärs gegen Sicherheitsbedrohungen propagiert. Mit anderen Worten, Russland benötigt, angesichts des Voranschreitens einer unfairen Globalisierung, Souveränität, um eine ausreichende Wettbewerbsfähigkeit zu bewahren. Die globale Energiesicherheit ist ein Weg, die Souveränität Russlands zu gewährleisten. Das Souveränitätskonzept symbolisiert hierbei Russlands strategische Annäherung an die Globalisierung.

Gleichzeitig bietet das Konzept der »souveränen Demokratie« eine Interpretation für die innenpolitische Krise. Hierbei dreht sich die Interpretation um das Konzept des Liberalismus. »In der Jelzin-Ära konnten wir eine Tyrannie des radikalen Liberalismus beobachten, als die herrschende Elite die Elemente der Volksdemokratie zerstörte.« Jene Politiker, die in den 1990er Jahren einen radikalen Liberalismus repräsentierten, werden heute als Elitegruppe dargestellt, die sich im wesentlichen aus einer Koalition von Oligarchen und Bürokraten zusammensetzte und die Bevölkerung verachtete. Demnach sieht das Konzept der »souveränen Demokratie« die Möglichkeit des Wiedererstarkens von oligarchischen Gruppen und Regionalfürsten als größte innenpolitische Gefahr. Oligarchische Kräfte werden als Produkt des liberalen Übels gesehen, im Gefolge des Rückgangs staatlicher Intervention. Dieser Interpretation zufolge übernahmen oligarchische Gruppen auf unfaire Weise die Macht, indem sie in einem Moment staatlichen Kontrollverlustes und der Übermacht von Unverantwortlichkeit und Unordnung die Nomenklatur rasch ersetzten. Surkov verbindet das Entstehen der Oligarchie und die Verbreitung der Korruption mit dem Konzept von »Freiheit«. Dieses Konzept der Freiheit wird

auch angewandt, um das föderale System Russlands zu kritisieren. Ministerpräsident Wladimir Putin beklagt sich über das Mehrheitswahlsystem auf Gebietsebene, da es »nicht verhindern könne, dass Regionalfürsten ihre Kandidaten wählten, indem sie sich ihrer administrativen Ressourcen bedienten.« So wird argumentiert, dass die neue Institution (das Verhältniswahlsystem) zur qualitativen Verbesserung des politischen Systems in Russland beigetragen hat. Nicht nur, indem sich der Einfluss von politischen Parteien bei der Wahl demokratischer Regierungen vergrößert hat, sondern auch, indem der Wettbewerb zwischen den Parteien zugenommen hat.

Institutioneller Aufbau

Seiner Interpretation der internationalen und innerstaatlichen Krisen sowie der Neudeinition der nationalen Interessen zufolge, schlägt Surkow eine Reihe spezifischer politischer Programmelemente zur Verwirklichung der Demokratie russischen Typs vor. Erstens sollte das gesamte russische Territorium unter dem alleinigen und zentralisierten Staat vereinigt werden und der Präsident die Kontrolle über die Gouverneure der föderalen Subjekte ausüben. Zweitens sollten versprengte politische Kräfte in starke nationale Parteien integriert werden und ein Verhältniswahlsystem für die Dumawahlen eingeführt werden. Weiterhin empfiehlt Surkow das Verbot kleiner, regional-, religiös- und berufsorientierter Parteien, so dass politische Parteien die Wähler nicht nur nach ideologischen und inhaltlichen Standpunkten

unterteilen, sondern auch zur Integration der gesamten Bevölkerung durch allgemeine, geteilte Werte beitragen.

Eine ähnliche Vorstellung der institutionellen Reform tauchte in Putins Rede im Oktober 2006 auf. Dabei überrascht nicht, dass Surkows Konzept der »souveränen Demokratie« und seine politischen Vorschläge zu eben jener Zeit veröffentlicht wurden. Putin zufolge sollte die zentrale Aufgabe der Regionalreform die Stabilisierung der Staatsmacht sein, und die Aufgabe, einen sozialökonomischen Komplex über das gesamte Territorium zu errichten, sollte aus der Perspektive der staatlichen Entwicklung betrachtet werden. Als ein wichtiges institutionelles Instrument zur Sicherung von Hierarchie in den Herrschaftsbeziehungen und der Stärkung politischer Parteien wurde eine Reform des Wahlsystems durchgeführt, die im Einklang mit Putins politischer Intention und Vorstellung steht. Zu Beginn des neuen Jahrtausends brachte Putin eine Reihe institutioneller Reformen auf den Weg, die auf den Aufbau eines starken Staates ausgerichtet waren. Dazu gehören etwa die Novellierung des Gesetzes über politische Parteien, die diesen eine exklusive Teilhabe im Verhältniswahlsystem garantiert (2001), der Ausschluss sozialer Gruppen von Wahlen (2003), die Anhebung der Mindestzahl von Mitgliedern bei Parteineugründungen (2004) und das Verbot eines Rückzugs aus Verhandlungsböcken für Duma-Abgeordnete (2004).

Übersetzung: Christoph Laug

Über die Autorin

Prof. Dr. Jin-Sook Ju ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der politikwissenschaftlichen Fakultät der Universität Pai Chai in Korea. Sie ist Autorin von »Democratic Consolidation in Russia and Political Process« (2010) und »Electoral System Reform in Russia: Power Relations, Diffusion and Institutional Change« (2009).

Lesetipps:

- Vladislav Surkov, "Commentaries on the Discussion of 'Paragraphs pro Sovereign Democracy,'" Russian Studies in Philosophy, No. 4 (Spring 2009).
- Vladislav Surkov, "Russian Political Culture. The View from Utopia," Russian Politics and Law, vol. 46, no. 5, (September–October 2008), pp. 10–26.